

# Mit Lug und Trug auf Wählerfang

GASTKOMMENTAR VON OLIVER VOM HOVE



Der Wähler sollte eigentlich darauf vertrauen können, dass ihm das geliefert wird, was er mit seiner Stimme bestellt.

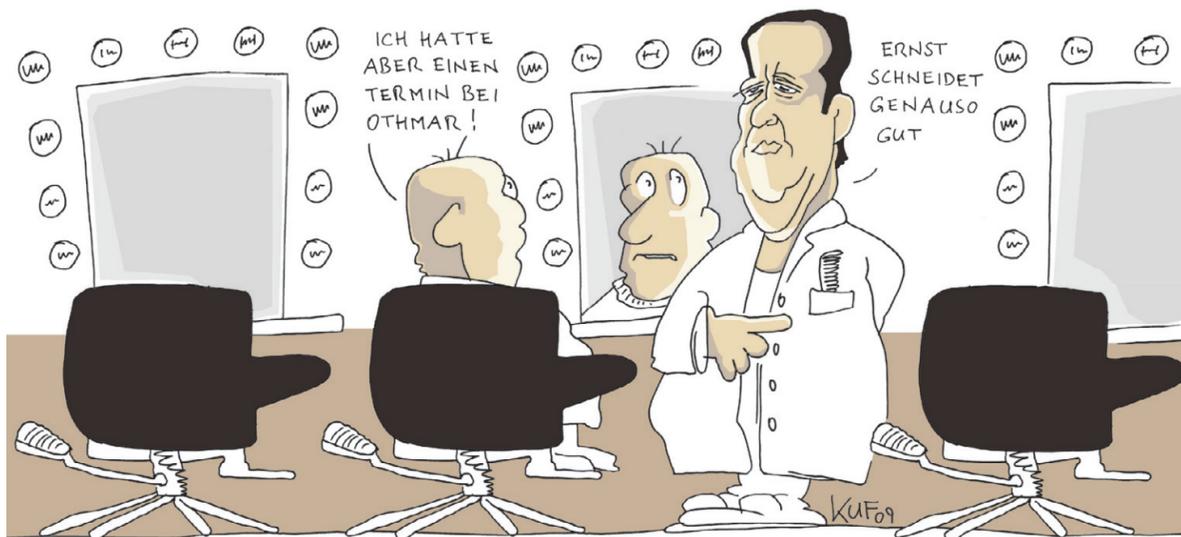
Warum belügt gerade die christliche Volkspartei ihre Wähler seit Jahren so schamlos? Warum führt gerade sie auf diese Weise ihre Klientel schon seit Längerem so ungeniert an der Nase herum? Warum lässt sie damit so manche Wahl im Nachhinein als Urnengang von Düpierten erscheinen? Der Eindruck drängt sich auf, dass dieser christlichen Volkspartei die Verantwortung für die verheerende Wirkung solcher Demokratieverhöhnung vor allem auf junge Wähler abhanden gekommen ist. Dass sie sich längst von bürgerlichen Werten wie Ehrlichkeit, Verlässlichkeit, Vertragstreue verabschiedet und nur mehr dem schrankenlosen Machtanspruch verschrieben hat. Denn auf Vertragstreue baut letztlich auch der demokratische Wahlvorgang auf: Der Wähler muss darauf vertrauen können, dass ihm das geliefert wird, was er mit seiner Stimme bestellt.

Wie einst der Machiavellist Wolfgang Schüssel dem Wähler für den Fall seiner Drittplatzierung die Opposition versprochen und dann aus dem Stand mit den Freiheitlichen seine Regierung gebildet hat, war zwar machtpolitisch abgefeimt, nichtsdestotrotz ein demokratiepolitischer Vertrauensbruch. Einmal erprobt, macht seither die Volkspartei einfach so weiter: Ihre Angebote vor Wahlen scheinen gleichsam mit Brief und Siegel bereits den Wortbruch zu enthalten. Bei der Wahl für den Landtag in Tirol beispielsweise stellten sich der amtierende Landeshauptmann Herwig van Staa und die Landesrätin Elisabeth Zanon als seine Stellvertreterin zur Wahl. Die Wähler, die ihnen die Stimme gegeben hatten, durften sich die Augen reiben: Mit einem Mal wurden beide gewählten Mandatäre von der Bühne gezerrt und der nie zur Wahl angetretene bisherige Innenminister verbeugte sich schelmisch als neuer Landeshauptling.

## 110.000 Vorzugsstimmen nur Makulatur?

Jetzt, bei dem Votum fürs Europaparlament, hat der bisherige Delegationsleiter Othmar Karas die unvordenkliche Vorzugsstimmenzahl von mehr als 110.000 und damit ein Achtel aller VP-Voten erzielt. Sie alle gaben dem zwangsweise zweitgereihten Kandidaten den Vorzug vor dem erstgereihten: Selbstverständlich mit dem Ansinnen, die verordnete Reihenfolge umzudrehen. Zu fragen ist: Was anderes als ein (noch: freibleibendes) Vertragsangebot stellt denn ein solcher demokratischer Vorzugsstimmenvorgang dar?

Die Volkspartei aber glaubt es sich leisten zu können, mehr als 110.000 Vorzugsstimmen



zur Makulatur zu erklären. Unter gesitteten demokratiepolitischen Verhältnissen, bei aufrechten Gesetzen von Anstand und Würde hätte ein Kandidat Strasser nach einem solchen Misstrauensvotum gegen seine Person ohnehin freiwillig seinen Anspruch auf eine Delegationsleitung aufgegeben. Stattdessen bekundete sein Chef und Mentor Josef Pröll unter vollmundigen Huldigungsadressen des Kandidaten Strasser noch am Wahlabend, noch vor Auszählung der Vorzugsstimmen, unter Berufung auf die dem Wählervotum vorgezogene Funktionärsdemokratie dessen Einzementierung in der angestrebten Leitungsposition. Und schließlich, nach einer Woche Schmierentheater, zwingt man den Parteisoldaten Karas zum „freiwilligen“ Verzicht. Eine ebenso kaltschnäuzige wie aufgeblasene Machtdemonstration des Parteichefs bleibt das, wohl auch mit Positur gegen die ständig vorherrschenden Diadochenkämpfe in seiner Partei – vor allem aber eine Ohrfeige ins Gesicht von 110.000 Wählern, die sich ihre Wut wohl werden merken müssen.

## Geistig zu unbeweglich

Indes, bei der anderen Regierungspartei ist der Umgang mit den Willensbekundungen der Wähler kaum besser. Warum betrügen gerade die Sozialdemokraten ihre Anhänger – und hier sind's ihrer Gefühlslage nach oft weniger die Düpierten als vielmehr die Deklassierten – immer wieder so bedenkenlos? In Grundsatzpapieren werden jeweils aufs Neue wortreich „mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft“ und eine Schärfung des „sozialen Profils“ versprochen. Wiederholt das dann einer (oder eine) von ihnen vor laufenden Kameras und lässt gar konkrete Vor-

schläge zur verbesserten Verteilungsgerechtigkeit hören, wird sogleich Zeter und Mordio geschrien und Abbitte gefordert. Die Staatsplünderer von der Privatisiererfraktion, in der Krise gefangen, verlangen ungeniert Nachschlag – und der mit Gewinnen einst wenig bedachte kleine und mittlere Steuerzahler sieht sich zum Gläubiger von immer mehr Schulden erhoben. Die Sozialdemokratie hat sich so lange zum Handlanger dieser sozioökonomischen Umverteilung von unten nach oben gemacht, dass sie zu einer Umkehr mittlerweile auch geistig zu unbeweglich wirkt. Wurde nicht erst bei der letzten Wahl wieder, wie schon zuvor, die Grundsicherung in Aussicht gestellt, von der seither, auch als Konjunkturinjektion, nicht mehr die Rede ist? Wer kann dieser Partei noch glauben, was sie beispielsweise an Fortschritt für die Zukunft der Jugend verspricht, wo sie sich doch überall, nicht nur in der abermals großkoalitionär eingefrorenen Schulpolitik, bestenfalls mit dem Erhalt des Status quo zufrieden gibt? Ganz allgemein dürfte der Status quo niemals zur Verteidigungslinie der Sozialdemokratie verkommen – das sollte sie besser anderen überlassen.

Die Folge von alledem: Gerade in den SP-Hochburgen in und außerhalb Wiens konnte der krähwinklerische Proteststimmensammler Martin sein wenig Nutzen brin-

Oliver vom Hove, Publizist und Literaturkritiker, war Kulturredakteur der „Presse“, dann u. a. Dramaturg am Burgtheater und Schauspielhaus Zürich sowie Stellvertreter der Direktion am Wiener Volkstheater.



meinung@diepresse.com

gendes Erntedankfest feiern – und wird das nächste Mal das Feld der heidnischen, nur vorübergehend und heuchlerisch mit Kreuzen bewehrten Hunnenpartie überlassen müssen.

## „Die Partei ist geschlossen“

Denn am schlimmsten wirkt sich bei der SPÖ – nicht nur in Stimmenverlusten – die vorsätzliche Blindheit angesichts der massiven Integrationsprobleme in ausländerstarken Land- oder Stadtbezirken aus. Niemand aus ihrer Funktionärschicht schickt seine Kinder dort in die überforderten öffentlichen Schulen und könnte so einen alarmierenden Eindruck von einer teilweise verheerend mangelhaften Integration von Kindern aus nicht-deutschsprachigen Familien gewinnen. Und keiner von ihnen fährt beispielsweise an Wochenenden im städtischen Raum mit öffentlichen Verkehrsmitteln, um so die latente Aggression schlecht ausgebildeter und damit mächtig chancenreicher türkischer Jungmachers nicht allein gegen Erwachsene, sondern auch gegen die verschüchtert zusammenrückenden türkischen Mädchen mitzubekommen. Halbstarkeprobleme, gewiss. Aber alles zusammen, in Verbindung mit mangelhafter sprachlicher und wirtschaftlicher Eingliederung, ein schwelendes politisches Problem, das nicht weiter derart kampfund konzeptlos den Vorurteilszündlern und xenophoben Brandschürern von rechts außen überlassen bleiben darf.

Aber eben: In der SPÖ heißt es längst wieder, auch zur (Selbst-)Beruhigung, bis zum Überdruß: „Die Partei ist geschlossen.“ Das hat einen unvermuteten Beigeschmack von Wahrheit.

## DAS BUCH

### Bericht einer Lehrerin

Betül Durmaz hat einen sehr persönlichen und spannenden Erfahrungsbericht über ihren Unterrichtsalltag an einer deutschen Förderschule geschrieben. Aus ihrer Perspektive als Tochter türkischer Arbeitsmigranten (die unter anderem in einer Textilfabrik im niederösterreichischen Felixdorf Station gemacht haben!) schildert sie die Lebensgeschichten ihrer Schüler (mehr als 60 Prozent mit Migrationshintergrund), berichtet von pädagogischen Erfolgen und Rückschlägen. Notwendig für schulisches Vorankommen: die „Aufgeschlossenheit des Elternhauses“. „Ich mache leider die Erfahrung, dass es Familien gibt, die sich einfach nicht helfen lassen wollen“, schreibt die (dennoch) begeisterte Lehrerin und Alleinerzieherin Durmaz. Fazit: Teils sperrig geschriebener, jedoch informativer Beitrag aus dem Inneren des deutsch-türkischen Schulalltags. ★★★★★



Betül Durmaz  
**Döner, Machos und Migranten**  
Mein zartbitteres Lehrleben

Herder Premiere,  
219 Seiten,  
13,40 Euro

## quergeschrieben

### Gift und Galle

#### Vergiftete Sprache vergiftet die Politik. Zu beobachten am Beispiel Asylrecht.

Das Wort „Asyl“ hat vier Buchstaben. Wer in Österreich Zeitung liest, könnte auf die Idee kommen, es hätte mehr. Irgendein Virus hat sich hier eingeschlichen, der den vier Buchstaben stets einen Schwall weiterer hinzufügt: „Schein“ zum Beispiel, „illegal“, „Missbrauch“ oder „kriminell“. Diese Buchstaben machen aus einem gesetzlich verbrieften Menschenrecht, auf das wir stolz sein können, eine verdächtige Grauslichkeit.

Unklar ist, wo diese seltsame automatische Buchstabenverknüpfung herkommt. Lernet man die in geheimen Hinterzimmern der Politiker-Ausbildungsstätten? Ist es eine spezielle Länderversion des Computer-Korrekturprogramms, das die ideologischen Eigenheiten Österreichs aufgreift? Ist es ein Sprachfehler? Oder hat hier jemand absichtlich das Denken vergiftet?

Sobald die Innenministerin das Wort „Asyl“ in den Mund nimmt, ist ihr die körperliche Abscheu jedenfalls anzusehen. Sie

spricht es mit zusammengekniffenen Lippen aus und schickt einen stechenden Blick hinterher, als sei sie auf Mäusejagd: Hier muss man dringend ein „Schlupfloch“ stopfen, dort einen Ausgang blockieren, hier Köder auslegen, dort eine Falle stellen, hier ein bisschen sekkieren, dort ein bisschen aushungern. Und wenn dann alle entnervt und panisch im Kreis herumrennen: Klappe zu, einsperren und weg damit.

Abscheu erzeugt jedoch keine guten Gesetze. Abscheu erzeugt Durcheinander, Willkür und Angst. Und genau das haben wir jetzt: Das österreichische Asylrecht ist ein giftstacheliges Gestrüpp, in dem sich kaum einer mehr auskennt und in dem man als Betroffener eigentlich nur alles falsch machen kann. Weil man von Anfang an verdächtig ist.

Wer vom Wort „Asylwerber“ das Gift abkratzt, wird feststellen, dass es mit dem Wort „kriminell“ nicht mehr zwangsläufig Gemeinsamkeit hat als mit den Wörtern „mürrisch“, „musikalisch“, „höflich“ oder „blond“. Es ist wahrscheinlich richtig, dass Kriminelle das österreichische Asylrecht für ihre Zwecke benützen. Kriminelle be-

nützen jedoch auch die österreichischen Autobahnen, das österreichische Telefonnetz und österreichische Wirtschaftshäuser, ohne dass Autofahrer, Telefonierer oder Schnitzmesser unter generellen Betrugsverdacht gestellt und mit Schubhaft bedroht würden.

Österreich hat faire, effiziente Asylverfahren verdient. Dafür braucht es politische Ehrlichkeit, Nüchternheit und Pragmatismus. Es braucht gut ausgebildete Beamte in ausreichender Zahl, die rasch, kompetent und inhaltlich nachvollziehbar entscheiden; unterstützt durch qualifizierte Übersetzer und Ethnologinnen, Politikwissenschaftler und Ärztinnen. Es braucht umfassende, redliche Rechtsberatung, Betreuung in der nervenaufreibenden (möglichst kurzen) Wartezeit auf den Bescheid, und einen respektvollen, menschenwürdigen Abschiebevollzug.

Dafür wäre die Innenministerin zuständig. Daran ist sie gescheitert.

Sibylle Hamann ist Journalistin in Wien.



meinung@diepresse.com



VON SYBILLE HAMANN